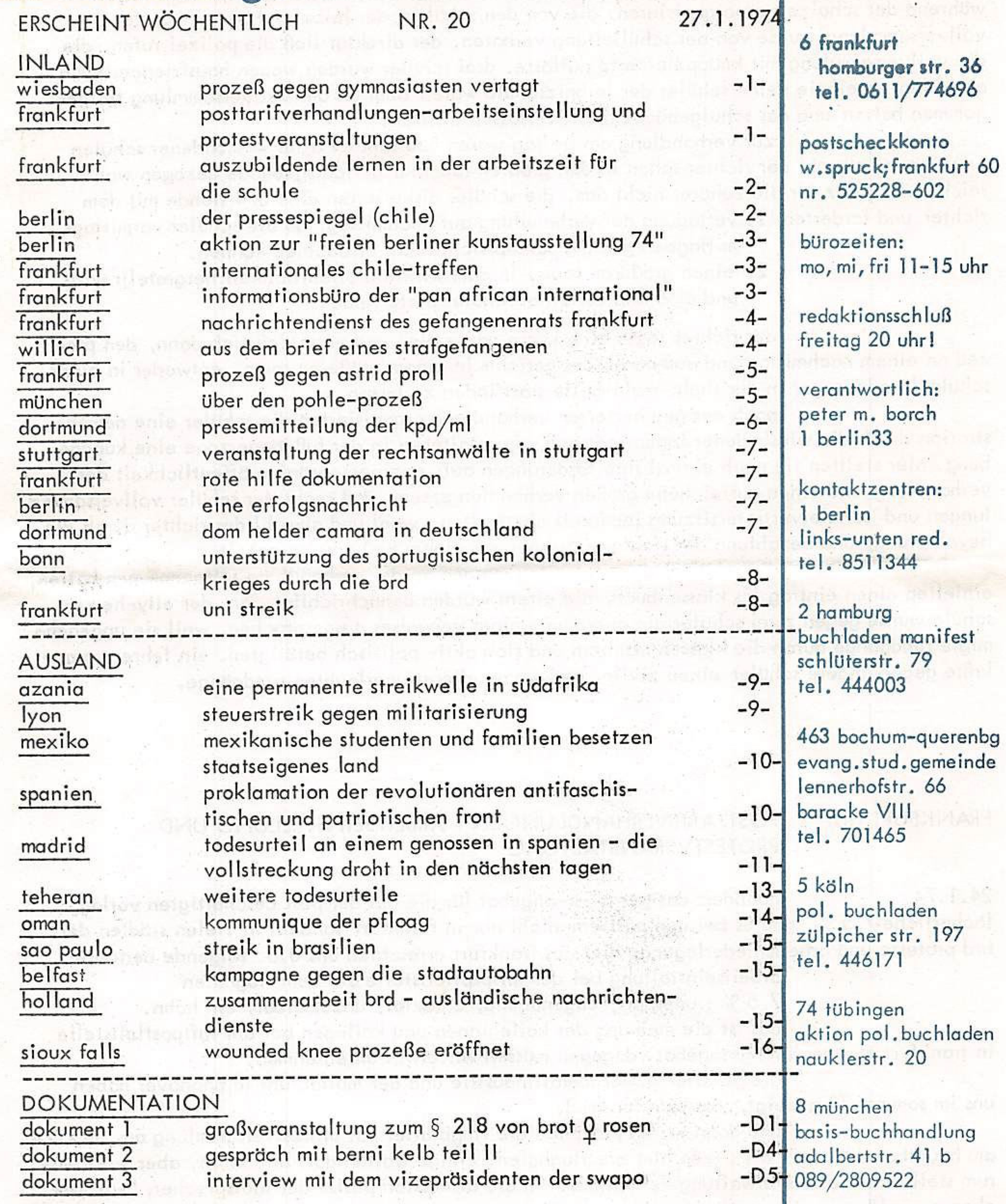


Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 20 27.1.1974

INLAND

AUSLAND

DOKUMENTATION

6 frankfurt
homburger str. 36
tel. 0611/774696

postscheckkonto
w.spruck; frankfurt 60
nr. 525228-602

bürozeiten:
mo, mi, fri 11-15 uhr

redaktionsschluß
freitag 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin33

kontaktzentren:
1 berlin
links-unten red.
tel. 8511344

2 hamburg
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 444003

463 bochum-querenbg
evang. stud. gemeinde
lennerhofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 446171

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

MONATSABO 5,-

WIESBADEN (ID) PROZESS GEGEN GYMNASIASTEN VERTAGT

18.1.74 am freitag, den 18.1.74, sollte ein prozeß gegen drei wiesbadener gymnasiasten stattfinden, die am 2. märz letzten jahres versuchten, eine vietnamdemonstration während der schulzeit zu organisieren. die von den schülern der leibnizschule einberufene vollversammlung wurde von der schulleitung verboten. der direktor ließ die polizei rufen, die die vollversammlung mit knüppeleinsatz auflöste. drei schüler wurden wegen hausfriedensbruch angeklagt, weil sie keine schüler der leibnizschule waren aber an der vollversammlung teilgenommen hatten. und das schulgebäude nicht verlassen wollten.

zur verhandlung am freitag waren 350 schüler aller wiesbadener schulen erschienen. obwohl der richter schon in den größten raum im gerichtsgebäude gezogen war, reichte der platz für die zuhörer nicht aus. die schüler diskutierten eine 3/4 stunde mit dem richter und forderten:

1. vertagung der verhandlung auf nachmittag, da die schüler vormittags mittags wegen der schulpflicht nicht erscheinen können.
2. einen größeren raum, in dem wirklich öffentlichkeit hergestellt wird und alle interessierten schüler platz finden.

der richter legte eine kurze pause ein, und entschloß sich dann, den prozeß an einem nachmittag und außerhalb des gerichts in einem größeren raum, entweder in einer schulaula oder sogar in der rhein-main-halle stattfinden zu lassen.

nach der gescheiterten verhandlung organisierten die schüler eine demonstration durch die wiesbadener innenstadt und veranstalteten in der fußgängerzone eine kundgebung. hier stellten sie noch einmal ihre forderungen auf: uneingeschränkte öffentlichkeit der verhandlung und einen ausreichend großen verhandlungsraum, daß recht der schüler vollversammlungen und schülervertretersitzung jederzeit abzuhalten. wahl und abwahl der richter durch die bevölkerung, und bezahlung der richter entsprechend einem facharbeitergehalt.

die schüler, die am freitag morgen an der verhandlung teilgenommen hatten, erhielten einen eintrag ins klassenbuch, die eltern wurden benachrichtigt. an der elly-heussschule wurde gegen zwei schüler die androhung eines verweises ausgesprochen, weil sie ungenehmigte rundgänge durch die klassen machten und sich aktiv politisch betätigten. ein lehrer veranlaßte gegen andere schüler einen zivilprozeß wegen dieser unerlaubten rundgänge.

FRANKFURT (ID) POSTTARIFVERHANDLUNGEN - ARBEITSEINSTELLUNG UND PROTESTVERANSTALTUNG

24.1.74 nachdem das genscher-angebot für die bei der post beschäftigten vorlag, lächerliche 7,5 %, gab es bei den postlern nicht nur in frankfurt sondern in vielen städten der brd proteste und arbeitsniederlegung. hier aus frankfurt erreichten uns u.a. folgende berichte:

arbeitseinstellung bei der luftpostleitstelle auf dem flughafen

7,5 % : unerhört, ungenügend, unsozial, unzumutbar, ein hohn.

das ist die meinung der kolleginnen und kollegen bei der luftpostleitstelle in frankfurt zum regierungsangebot. dagegen müssen wir etwas unternehmen.

die arbeiter in der metallindustrie und der müllabfuhr in hannover haben uns im sommer 73 gezeigt, was man tun muß.

und dann waren plötzlich die flugblätter da: protestversammlung am 10.1.74 am hauptbahnhof; und wir sitzen hier am flughafen. einige wollen dort hinfahren. aber wie! warum stellt uns die ortsverwaltung keinen bus? in die diskussion platzt der lautsprecher: "wir machen pause!"

erste ansätze einer gemeinsamen diskussion im aufenthaltsraum. und dann sagt der aufsichtsbeamte das ende der pause an. aber keiner kehrt zum arbeitsplatz zurück. die diskussion geht weiter, wird lebhafter. es wird über kampfmaßnahmen gesprochen. inzwischen haben andere kollegen und kolleginnen bemerkt, daß viele nicht an ihren arbeitsplätzen sind

und kommen zu uns. auch als stellenvorsteher und abteilungsleiter erscheinen, wird weiter diskutiert und beraten. wir sind uns jetzt darüber klar, daß wir bewußt die arbeit verweigern. schließlich verabschieden wir einstimmig eine resolution.

kernpunkte dieser resolution sind: mindestens 185 dm und 300 dm urlaubsgeld für alle und urabstimmung, wenn ein neues angebot von unseren vorstellungen abweicht.

45 minuten nach der pause kehren wir an unsere arbeitsplätze zurück, bereit, auch weiterhin für unsere forderungen einzutreten und sie durchzusetzen.

die blaue kolonne der BWKw

etwa 30 handwerker der bezirkskraftwagenwerkstatt marschierten am streikdonnerstag durch die gutleutstraße zum hauptbahnhof. ihrer teilnahme an der protestversammlung hatten sich unvermutet hindernisse in den weg gestellt: sie hatten kein auto. die benutzung von dienstfahrzeugen war natürlich verboten worden. so setzten sie sich zu fuß in bewegung und erreichten noch rechtzeitig die versammlung in der pakethalle im postscheckamt 4, an der ca. 1.000 kollegen teilnahmen.

wo ein streikwille vorhanden ist, ist auch ein weg. auch wenn er 2 km lang ist. es geht schließlich um den lohn!

die frankfurter postler legen wert auf eine möglichst gleichmäßige einkommenserhöhung für alle, um die hohen und ungerechtfertigten einkommensdifferenzen abzubauen. deshalb wurde auf allen protestversammlungen das schwergewicht auf die durchsetzung von mindestens 185 dm für alle sowie für 300 dm urlaubsgeld für alle gelegt. damit kann wenigstens zum teil dem willen der beschäftigten entsprochen werden, die mehrheitlich einen einheitlichen betrag für alle gefordert haben, der anfangs allerdings bei 300 dm lag.

anfang februar gibt es wahrscheinlich die geforderte urabstimmung. liegt das abzustimmende ergebnis knapp über 10 % so werden nach meinung von kollegen nicht die erforderlichen 75 % gegen den abschluß stimmen.

FRANKFURT (ID) AUSZUBILDENDE LERNEN IN DER ARBEITSZEIT FÜR DIE SCHULE

25.1.74 in der "berufsschule" der stadtverwaltung frankfurt, dem verwaltungsseminar, hat eine klasse mitte januar arbeitsgemeinschaften während der arbeitszeit eingeführt (mittwoch von 8 bis 12 uhr), um den "viel zu umfangreichen und praxisfernen stoff" zu erarbeiten.

für die arbeitsgemeinschaften gibt es zwar noch keine gesetzliche grundlage, doch - so die teilnehmer - "können wir nicht warten, bis der magistratsbeschluß verabschiedet wird".

anfängliche versuche, die arbeitsgemeinschaften nach dem dienst durchzuführen, scheiterten, weil es sich als unmöglich erwies, nach 8stündiger arbeit (postablage, langer heimweg usw.) noch konzentriert zu lernen.

die klasse, der sekretärslehrgang 112, wandte sich in einem entsprechenden flugblatt an die anderen schüler des verwaltungsseminars, weil "wir finden, daß es eine mindestforderung ist, für die ausbildung während der arbeitszeit zu lernen", "um auch andere lehrgänge aufzufordern, arbeitsgemeinschaften, die im zusammenhang mit der ausbildung stehen, auch während der arbeitszeit durchzuführen" und "weil wir eure solidarität brauchen, um nicht einzeln eventuellem druck ausgesetzt zu sein".

BERLIN (ID) DER PRESSESPIEGEL
(aus: chile-nachrichten)

18. januar um alle gruppen und genossen, welche über chile arbeiten, besser zu informieren, hat das chile-komitee hamburg damit begonnen, eine publikation herauszugeben:

Der Pressespiegel. am 15. januar erscheint nr. 1. es wird die lateinamerikanische und westeuropäische presse ausgewertet.

den vertrieb und einzelversand übernimmt der spartakus-vertrieb, 2 hamburg 13, von melle park 17.

BERLIN(ID) AKTION ZUR "FREIEN BERLINER KUNSTAUSSTELLUNG 1974"
(aus: chile-nachrichten)

18. januar die künstlervereinigung "Die Rote Nelke - Westberlin e.V." ruft alle fortschrittlichen künstler und künstlergruppen, die an der "Freien Berliner Kunstausstellung 1974" teilnehmen auf, sich an einer kulturveranstaltung "solidarität mit chile" und an einer kunstauktion zur unterstützung des widerstandskampfes des chilenischen volkes zu beteiligen.

erbeten werden beiträge und arbeiten für beide veranstaltungen.

informationen: manfred beelke, 1 berlin 36, mariannenplatz 23
tel: 618 44 74 (kunstauktion)

ingo e. mitteldorf, 1 berlin 44, kirchhofstr. 44
tel: 684 33 42 (f. d. kulturellen teil)

FRANKFURT (ID) INTERNATIONALES CHILE-TREFFEN

die westeuropäischen chile-komitees veranstalten am 24.-26. april 74 in frankfurt eine internationale konferenz, gefolgt von einem meeting am 27. april. ein vorbereitungstreffen findet am 16./17.3.74 statt.

am 19/20.1. 74 wird in frankfurt eine koordinationssitzung der westdeutschen chile-komitees stattfinden auf der die vorbereitung und durchführung der nationalen debatte in richtung auf die internationale konferenz diskutiert wird.

kontaktadresse: koordination der westeuropäischen chile-komitees, c/o sozialistisches büro, D-6050 offenbach 4, postfach 591, tel.: 0611/832593.

FRANKFURT (ID) INFORMATIONSBÜRO DER "PAN AFRICAN INTERNATIONAL"

25.1. im jahre 1970 wurde die "pan african international" als internationale revolutionäre politische organisation für militante afrikanische studenten, arbeiter und angestellte in londen gegründet. seitdem hat sie über 2000 mitglieder, die international den kampf der afrikaner propagiert. in accre, berlin, köln, chicago, essen, lagos, michigan, moskau, nairobi, newyork, toronto, washington und jinja sind bisher informations-und aktionszentren gebildet worden.

die organisation veröffentlicht 4 zeitungen: "pan african international", "pan african weekly","pan african notes", "pan african news". das "international executive komitee

information bezüglich der politischen arbeit, veröffentlichungen, mitgliedschaft, zielsetzung der organisation usw. kann vom informationsbüro in frankfurt bezogen werden. adresse: dr. franz j.t. lee, 6 frankfurt 1, böhmerstr. 63, tel: 0611/599392.

FRANKFURT (ID) NACHRICHTENDIENST DES GEFANGENENRATS FRANKFURT

23.1.74 an alle ehemaligen gefangenen, an alle ehemaligen internierten von erziehungsanstalten und psychiatrischen anstalten, an alle, die den kampf der internierten und gefangenen unterstützen wollen!
der nachrichtendienst des gefangenenrats erscheint unregelmäßig jeden 2. monat. abonnement: 3 nummern 6,-- dm auf das konto des gefangenenrats frankfurt, postscheckkonto: 5372 98-602. zusammenkünfte jeden mittwoch und samstag ab 19 uhr im büro goller, frankfurt, glauburgstraße 75 a.

unterstützt unsere arbeit - durch eure arbeit, durch euer geld, durch eure kontakte. (gefangenenrat frankfurt)

WILLICH (ID) AUS DEM BRIEF EINES STRAFGEFANGENEN

14.1.74 politische zeitungen werden von der anstaltsleitung konfisziert. sie werden zur habe genommen.die habe des gefangenen ist das, was er nicht hat. mit anderen worten, was man ihm beschlagnahmt, was man ihm wegnimmt. Quick, Revue usw. bekommt man ohne schwierigkeiten, ebenso wie das parteiblatt der NPD. rote hilfe-material wird nach erlaß des justizministers von Nordrhein-Westfalen vom 4.9.72 beschlagnahmt. politische bücher aus linken verlagen werden wieder zurückgeschickt. pornographische bücher sind sämtlich zugelassen. der Berliner Extradienst wird zurückgeschickt mit dem vermerk: empfänger hat annahme verweigert, oder: empfänger ist verzogen, oder: empfänger entlassen. so sieht unsere meinungsfreiheit aus.

Weitere nachrichten von uns:

wir sitzen hier unter strikter isolation, in einzelzellen - ausgenommen die vom arzt verordneten gemeinschaftszellen. die verbindung unter den gefangenen soll abgeschnitten werden. eine solidarität selbst im kleinsten fall wird verhindert. verhindert wird auch jede möglichkeit zur bildung von sekundärgruppen, die ja erst einmal voraussetzung für primärgruppen wie ein politischer gefangenenrat sind. es gibt zwar die "abendgruppen", aber sie dienen nur dazu, die langeweile zu kompensieren und der anstalt ein pädagogisches alibi zu verschaffen.

einen gefangenenrat gibt es nicht. es gibt keine organisation. im letzten jahr existierte eine "abteilungssprechergruppe", die nach außen hin die funktionen eines gefangenenrats ausüben sollte. sie wurde von einem sozialarbeiter geleitet, ziemlich autoritär. nachdem wir erkannt hatten, daß diese gruppe nichts anderes war als ein kommando von befehls- und bescheidempfängern, haben wir diese gruppe durch einige berechtigte und begründete anträge verunsichert. aber der sozialarbeiter konnte durch sein vetorecht einen demokratisch gewählten abteilungssprecher einfach wieder absetzen. das ging dann so vor sich, daß er innerhalb der gruppe noch mal eine wahl veranstaltete über die mitarbeit ihm persönlich unbequemer abteilungssprecher! was dabei in diesem unterwürfigen kreis herauskam, kann man sich vorstellen. das passierte ende august 1973 wieder: ein von der abteilung I gewählter abteilungssprecher wurde auf kommando des sozialarbeiters wieder abgewählt! er wurde nochmals gewählt von der abteilung und prompt auch nochmal wieder abgewählt. darauf protestierten ziemlich viele und ein entwurf zur beseitigung des autoritären statuts kam zustande. der sozialarbeiter faselte von kommunistischer unterwanderung und liquidierte die ganze einrichtung. seitdem ist nichts mehr hier, was nach einer vertretung aussehen könnte.

FRANKFURT (ID) PROZESS GEGEN ASTRID PROLL

22.1.74 bei den vernehmungen des soko-bullen simons und des verfassungsschützers grünhagen durch das gericht hatte es sich herausgestellt, daß der verfassungsschutz zeugen, spitzel, die bei dem frankfurter vorfall dabei waren, zurückhält. das vorsitzende richterschwein menges schickte daraufhin einen brief an den präsidenten des bundesverfassungsschutzes nollau mit der bitte, doch weitere spitzel als zeugen zu dem prozeß freizugeben. diesem brief wurden - gegen den protest der rechtsanwälte astrids - ausführliche auszüge aus den bisherigen zeugenaussagen beigelegt. in diesem prozeß bestimmen die bullen alles. prozeßort, prozeßverlauf, wer als zeuge auftritt, wer nicht. menges verkündete nun am dienstag, 22.1.74, daß nollau nur bereit sei, die bitte des gerichts zu überprüfen, wenn er alle zeugenaussagen, die bis jetzt gemacht worden sind, ungekürzt erhält. das gericht sah sich dann doch etwas in seiner "unabhängigkeit" eingeschränkt und zeigte sich verdrossen über die neuerliche unverschämtheit des BFV.

astrid, die physisch sehr geschwächt ist, erlitt einen kreislaufkollaps. ein gang an die frische luft, der ihr vielleicht kurz erleichterung hätte bringen können, wurde verweigert. menges las dazu den brief des frankfurter bullenpräsidenten vor, daß die polizei die bewachung astrids vor dem sindlinger bürgerhaus nicht übernehmen könne. es wurde dann der notarzt gerufen, und beschlossen, ein gutachten über astrids "prozeßfähigkeit" von dem oberarzt des bad sodener kreiskrankenhauses dr. schmidt - voigt ausstellen zu lassen, der auch thera peutische maßnahmen zur erhaltung der "prozeßfähigkeit" vorschlagen soll. rechtsanwalt preuss wies an dieser stelle darauf hin, daß es keinen grund gibt, keinen einzigen beweis für die astrid zur last gelegten handlungen, um sie auch nur einen tag länger in dieser mörderischen haft zu halten. er forderte die sofortige freilassung astrids. das gutachten wird am 29.1.74 im prozeß verlesen.

die bullen versuchen jetzt, was ihnen bei der verfolgung und festnahme der genossen nur unvollständig gelungen ist, endlich fertigzubringen: durch isolation und physisches kaputtmachen die genossen zu ermorden. ulrike sitzt wieder im toten trakt. klaus jünschke wird ein arzt seines vertrauens verweigert. holger meins muß dringend an den zähnen operiert werden. er wird in kein krankenhaus gebracht. monika berberich ist durch die isolation so geschwächt,daß sie nicht mehr an dem prozeß gegen sie teilnehmen kann. katharina hammerschmidt wurde der arzt verweigert . der tumor in ihrer lunge ist jetzt kindskopf groß, und kann nicht mehr operiert werden. die genossin wird sterben, im knast ermordet. (rote hilfe)

MÜNCHEN (ID) ÜBER DEN POHLE - PROZESS

16.1.74 die verteidigung stellte rund 20 anträge. in etwa vier dieser anträge wurde um einblick in akten anderer prozesse gebeten, z.b. von schubert und proll. diese anträge wurden ausnahmslos abgelehnt, mit der begründung, man könne die von diesen personen gemachten aussagen im prozeß gegen r. pohle "so behandeln, als ob sie wahr wären".

in allen weiteren anträgen verlangten die verteidiger zusätzliche zeugenaussagen. bei "zeugen" des banküberfalls in der rheinstraße - berlin angefangen. über schily und ströbele, noch einmal ruhland bis zu allen möglichen leitern und chefs bestimmter abteilungen der sicherungsgruppe bonn. z.b. zeugenaussagen sollten machen: der chef des bundeskriminalamts, chef der sicherungsgruppe, chef der abteilung "linksradikalismus - anarchismus" der sicherungsgruppe. die aussagen dieser herren hatten das thema: fahndung. ebenfalls wurden zeugenaussagen beantragt von einem "kiesewetter knuth" und dessen frau, und anderer personen, die den bankraub in der rheinstraße beobachtet haben wollen. (z.b. daß nach dem überfall ein fahrzeug gestohlen worden war, daß ein "nebeltopf" gezündet worden war). auch alle diese anträge der verteidigung wurden abgelehnt mit der begründung, daß die von den personen schon gemachten aussagen so behandelt werden können, als ob sie wahr wären.

r. pohle wurde wegen ungebührs für die zeit der beweisführung ganz ausgeschlossen. er meinte, daß die vorsitzenden "den arsch offen" hätten, und daß sie sich an der sache "aufgeilten". diese äußerungen brachten ihm die ordnungsstrafe ein.

die beweisführung wird in den nächsten tagen abgeschlossen sein, die prozeßbeteiligten wollten sich am donnerstag zur beratung über ihre plädoyers treffen.

die zeugen smurs, goldbach und leyrer, - die im mahler-prozeß ausgesagt hatten, ruhland habe ihnen während eines rundganges erzählt, er werde falsche aussagen machen und so mahler belasten, um "seinen eigenen kopf zu retten" usw. - wiederholten ihre aussage korrekt. sie beschwerten sich darüber, daß sie während des transports und des aufenthalts in einer zelle zum zwecke dieser zeugenaussage in münchen nie warm zu essen bekommen hatten. sie brachten altes vertrocknetes brot in den gerichtssaal mit und forderten anständiges essen. sie hatten den ganzen tag noch nichts gegessen und wollten vor ihrer aussage etwas essen. der richter erklärte sich für inkompetent. auch was ihre rückfahrt anbetrifft, könnte der richter nichts in die wege leiten, er sei hierfür nicht zuständig. die hungrigen zeugen wollten erst aussagen, wenn sie etwas gegessen hatten, was der richter verbot. als frau pohle vorschlug, etwas aus der cafeteria zu holen, wurde ihr angedroht, daß man sie aus dem saal entfernen werde, wenn sie sich nicht so benimmt, wie es sich "für eine professorengattin gehört". die zeugen machten ihre aussagen, die fast drei stunden dauerten.

17.1.74 die staatsanwaltschaft stellte den antrag, brockmann als zeugen dafür zu hören, daß r. pohle bezüglich waffen etwas mit der vereinigung "2. juni" zu tun haben könnte. die beweisaufnahme wurde eigentlich heute abgeschlossen. doch die staatsanwaltschaft begründete ihren verspäteten antrag damit, daß das bundeskriminalamt wichtige informationen über brockmann im zusammenhang mit r. pohle ihr erst gestern zukommen ließ. das gericht, das sich sofort darüber beriet, bezeichnete den antrag als "nicht vertretbare verzögerung", will sich aber erst anfang nächster woche darüber äußern. ein verteidiger sagte, daß es unwahrscheinlich sei, daß das gericht diesen neuen antrag ablehne. schließlich schickte das bundeskriminalamt die brockmann-information gezielt zu dem zweck dem staatsanwalt lancelle.

der prozeß würde nach schätzung der verteidiger um 2 monate mindestens hinausgezögert werden.

DORTMUND (KPD/ML /id) PRESSEMITTEILUNG

22.1. am 15.10.73 erhielt genosse ernst aust, vorsitzender der KPD/ML einen strafbefehl über 5.000 dm, ersatzweise 50 tage haft. die anklage des würzburger amtsgerichts lautete auf"üble nachrede" gemäß § 186 StGB.

genosse ernst aust erhielt diesen strafbefehl als dmaliger chefredakteur des Roten morgen wegen eines artikels, der zu den ereignissen in fürstenfeldbruck stellung nahm.

"üble nachrede" war für das gericht ein artikel im roten morgen vom 23.10. 1972. hier hieß es unter der überschrift: "auch geiseln von münchner polizei erschossen" : "aufgrund ballistischer untersuchungen der geschoßbahnen in den körpern der geiseln wurde bestätigt, daß due geiseln .... von den münchner mordkommandos der polizei erschossen wurden."

diese ansicht vertrat nicht nur der rote morgen, auch anderezeitungen, z.b. der stern, zogen sie in betracht. trotzdem strengte die justiz keinen prozeß an, in dem die tatsachen vor aller öffentlichkeit hätten geklärt werden können, sondern verhängte einen strafbefehl. wenn man bedenkt, daß auch dem gericht die ballistischen untersuchungen bekannt sind - schließlich wurden sie von kriminalisten angefertigt - läßt das nur einen schluß zu:

aus angst vor der wahrheit, die genosse ernst aust in diesem prozeß gesagt hätte, hätte, ließ man es gar nicht erst zu einem prozeß kommen, sondern griff zum strafbefehl, zur geheimjustiz.

genosse ernst aust erzwingt durch seinen widerspruch einen prozeß. kurz vorher erkrankt er. diese erkrankung ist für die justiz nichts als willkommenner anlaß, doch noch zu verhindern, daß die wahrheit ans licht der öffetnlichkeit kommt. nicht nur, daß sie das ärztliche attest, das genosse ernst aust einschickt, völlig mißachtet und ihn zwangsweise von einem gerichtsmediziner in begleitung eines polizisten untersuchen läßt. nein, das unhaltbare ergebnis des gerichtsmediziners wird dem genossen aust gar nicht mitgeteilt. er wird im glauben gehalten, der der prozeß sei verschoben wegen seiner krankheit. er wird mit betrügerischen mitteln daran gehindert, an dem von ihm geforderten prozeß teilzunehmen.

STUTTGART (ID) VERANSTALTUNG DER RECHTANWÄLTE IN STUTTGART

28.1. am mittwoch, 30.1.74, findet in stuttgart, leonhardsplatz 28, im gustav siegler-haus um 20 uhr eine informationsveranstaltung statt:
"politische prozesse unter aussschluß der verteidigung".
sprecher sind die rechtsanwälte otto schilly, heinrich hannover, dr. klaus croissant.
gegen die stuttgarter rechtsanwälte croissant, lang und cassel sind ehrengerichtsverfahren eingeleitet wegen ihrer teilnahme am hungerstreik gegen isolationsfolter an politischen gefangenen in der BRD vor dem bundesgerichtshof in karlsruhe vom 9.bis 12.febr.73.
hauptpunkt der anklage ist der inhalt verschiedener plakate, die zur zeit des hungerstreiks an hauswänden hingen:
"BGH = Brauner Gangster Haufen"
"BGH sagt Untersuchungshaft, vollzieht mord auf raten"
"gegen isolationsfolter helfen keine beschwerden"
"macht den knast dem BGH zur last".

FRANKFURT (ID) RH - DOKUMENTATION

dez.73 die rote hilfe frankfurt hat eine dokumentation "politische justiz" herausgegeben. diese dokumentation ist zu beziehen durch vorauszahlung von dm 5,- auf das konto der roten hilfe frankfurt, dresdner bank frankfurt, konto-nr. 4 1116 604.
aus dem inhalt:
einige erscheinungsformen politischer justiz in der BRD
§ 129 ......
Schreibtischtäter
berichte aus dem knast
berichte über RAF-prozesse
peter brückner: opposition als "résistance"
ulr.preuß: über die schwierigkeiten beim herstellen von staatsfeinden

BERLIN (ID-WESTBERLIN/ROTE HILFE) EINE ERFOLGSNACHRICHT

24.januar aus justizkreisen wurde mitgeteilt , daß staatsanwalt wolfgang thiele zum jahreswechsel stillschweigend von der politischen abteilung in die abteilung für kapitalverbrechen, das ist I KAP, zurückversetzt wurde.
die heimlichkeit und der zeitpunkt der versetzung machen den zusammenhang mit dem fall katarina hammerschmidt deutlich.(ID hat über diesen fall - versuchter mord in U-haft- schon berichtet. ID nr. 18, 19)
offiziell wurde bisher keine reaktion der berliner justiz. bekannt.
alles wurde abgestritten. die erklärung der ärzte aus dem klinikum blieben ohne erwiderung.

DORTMUND (ID) DOM HELDER CAMARA IN DEUTSCHLAND

14. jan. der brasilianische erzbischof dom helder camara wird von recife in die brd reisen, um den " friedenspreis des deutschen volkes" in höhe von ca.200.000 dm in empfang zu nehmen. diese summe wurde durch eine sammelaktion aufgebracht, die von der zeitschrift " publik forum" initiiert und auch vom informationszentrum dritte welt unterstützt wurde.
bischof camara wird am 11. febr.um 17.00 uhr im zoo gesellschaftshaus in frankfurt sprechen.aus diesem anlaß bietet das informationszentrum dritte welt kostenlose fahrgelegenheit von dortmund nach frankfurt an. interessenten werden gebeten, sich unter der rufnummer dortmund 818906 zu melden.
am 10.febr. wird bischof camara in oslo den friedenspreis des norwegischen volkes in empfang nehmen.

BONN (ID) UNTERSTÜTZUNG DES PORTUGIESISCHEN KOLONIALKRIEGES DURCH DIE BRD

16.jan.

trotz vieler widersprüchlicher erklärungen der brd regierung zur lieferung von kriegsmaterial an portugal wird dessen kolonialkrieg in afrika mit erheblicher beteiligung der brd geführt.

zur zeit werden unimogs geliefert; G 3 - gewehre, HK-21-maschinengewehre und 61 millimeter mörser in lizenz produziert; 6 korvetten werden auf portugiesischen werften nach lizenzen von blohm & voss angefertigt.

märz 74 beginnt der endausbau einer munitionsfabrik mit bundesdeutscher beteiligung in lissabon-.

alle aufgeführten beispiele sind gemäß außenwirtschaftsgesetz genehmigungspflichtig.

durch eine kampagne , in der tausende von bürgern , pfarrern, und ausländische botschaftsangehörige die regierung nach ihrer verantwortung fragen, soll bonn veranlaßt werden, die eigene haltung zu überprüfen.

näheres über die kampagne durch : AGM komitee, 53 bonn beuel
bergweg 21

FRANKFURT (ID) UNI-STREIK

25.1.74 in der letzten woche und auch noch montag fanden überall fachbereichschaftsvollversammlungen statt, um die möglichkeit eines streiks zu diskutieren - ein streik, als antwort auf die semesterabbruchsverordnung des universitätspräsidenten und als mittel, unsere forderungen durchzusetzen. mit ein oder zwei ausnahmen hat in allen fachbereichen der plan: aktiver streik!starke zustimmung gefunden und es gründeten sich streikräte aus vertretern von politischen gruppen und von nicht organisierten studenten.

die uni-vollversammlung - am montag nachmittag (21.1.74) - mußte diesmal auf dem campus stattfinden, da wir in keinen hörsaal reinpaßten. über 3000 studenten stimmten ab, und beschloßen, daß der uniweite aktive streik durchgesetzt wird, wo die bedingungen dafür vorhanden sind, und zusätzlich soll auch eine urabstimmung stattfinden - nicht um den streik zu legitimieren sondern: urabstimmung als mobilisierungsmittel.

das streikprogramm lief auf uniebene mit teach-ins, streikvollversammlungen, filmveranstaltungen und auf fachbereichschaftsebene mit streikversammlungen und streikarbeitsgruppen. diese arbeitsgruppen haben sich zum ziel gesetzt über politische probleme zu arbeiten, die sich innerhalb und außerhalb der uni aktuell stellen (z.b. hochschulrahmengesetz, berufsverbote, wohnungskampf usw.). die schwierigkeit ist aber, daß trotz massiver unterstützung des streikplans in der urabstimmung, die arbeitsgruppen doch nicht stark besucht werden. sie werden zum großteil doch nur von aktiven studenten getragen. der versuch, mehr leute in die arbeit einzubeziehen, geht in die richtung, inhalte und arbeitsformen zu suchen, die mit den bisherigen lehrinhalten in engerem zusammenhang stehen und trotzdem ein politisches gewicht haben.

ein tolles "nebenprodukt" der streikwoche ist ein kommunikationszentrum, eingerichtet in einem besetzten raum des studentenhauses, wo die möglichkeit besteht informationen auszutauschen, zu malen, musik zu machen, filme vorzuführen.

und ein weniger erfreuliches ereignis ist, daß der unipräsident für 6 tutoren, die sich mit den "wegen störung" mit strafanzeigen bedrohten studenten solidarisiert haben, fristlos gekündigt hat. nur damit hat er wahrscheinlich nicht gerechnet, daß sich - bis jetzt - 249 tutoren (insgesamt 450 an der ganzen uni) unterschriftlich solidarisieren, und die zurücknahme der kündigungen fordern würden.

freitag wurde die urabstimmung abgeschlossen. das ergebnis: 48 % = 10131 studenten haben abgestimmt, davon 54,1 % mit ja, 43,7 % mit nein, 2,2% mit enthaltung.

am montag findet die nächste uni-vollversammlung statt.

der streik geht unbefristet weiter.

AUSLAND

AZANIA (Südafrika) (ID) EINE PERMANENTE STREIKWELLE IN SÜDAFRIKA

21.jan. anfang der woche streikten zehntausende von afrikanischen textilarbeitern in durban, republik südafrika. 250 arbeiter wurden festgenommen. daraufhin protestierten mehrere tausende schwarze arbeiter gegen die festnahme ihrer kollegen. diese neue streikwelle wurde durch forderungen nach lohnerhöhungen ausgelöst. am mittwoch wurden die verfolgungen und verhaftungen fortgesetzt.

durban (700.000 einwohner), hauptstadt der natal-provinz, ist die drittgrößte stadt und der größte überseehafen südafrikas. 27 % der bevölkerung ist weiß, 30% schwarz, 38,5% inder und 4,5 % mischlinge. genau vor einem jahr (febr. 73) legten 16.000 afrikanische arbeiter in durban ihre arbeit nieder. sie protestierten gegen die verheerenden sozialen bedingungen unter der apartheid (rassentrennungs-) politik. die streikenden legten wichtige versorgungsbetriebe, die kommunalen dienste, bus-und eisenbahnverkehr lahm, sodaß für eine woche das wirtschaftleben in durban stillstand. die damaligen ereignisse erinnerten an das massaker von sharpeville im märz 1960 , in dessen verlauf 83 unbewaffnete afrikanische streikende und demonstranten - männer wie frauen und kinder- erschossen, 365 schwer verletzt und mehr als 20.000 inhaftiert wurden.

warum diese periodischen streiks, aufstände und unruhen in südafrika? als wanderarbeiter stellen die afrikaner 70 % der arbeitskräfte. sie leben in slums,ghettos und verkümmerten "bantustans" (arbeitslagern). getrennt von ihren familien arbeiten sie unter vertrag oft 9 monate pro jahr; ihre schlecht bezahlte arbeitskraft ist für die industrie die grundbedingung der superprofite - bis zu 30 % profit netto pro jahr. hauptgewinner sind die englischen, amerikanischen, westdeutschen, französischen monopolkapitalisten und investoren, die in südafrika fast 6 milliarden dollar investiert haben. 99 % des kapitals im bergbau, 94 % des industriekapitals, 88 % des finanzkapitals und 75 % des handelskapitals standen mitte der 6oer jahre unter kontrolle des auslands.

in den minen südafrikas arbeiten 600.000 afrikaner gegenüber nur 80.000 weißen, in der bauwirtschaft 240.000 gegenüber 60.000 , in der verarbeitenden industrie 600.000 gegenüber 280.000. im goldbergbau verdient ein weißer ca. 1360 dm netto pro monat, afrikaner dagegen 80 dm. seit 1911 hat sich der lohn der afrikanischen goldbergwerksarbeiter nur um pfennige geändert. die fast 4 mill. weißen südafrikas machen nur 20% der gesamtbevölkerung aus, vereinnahmen aber 74 % des volkseinkommens.

anfang 1973 erkämpften die streikenden von durban eine lohnerhöhung um 15%. die gegenwärtige realität zeigt, daß es nur ein teilerfolg war, daß in wirklichkeit der kampf der unterdrückten, schuftenden südafrikaner nicht nur ökonomisch, sondern erst recht politisch, d.h. sozialrevolutionär ist. trotz polizeistaatlicher repression kämpfen sie unerbittlich und unaufhaltsam weiter. der rassenkampf der ersten hälfte dieses jahrhunderts hatte sich in südafrika schon längst in einen permanenten klassenkampf verwandelt. zwar gibt es noch stets strategische, taktische, politische und militärische probleme im emanzipationskampf der südafrikaner, nichtsdestoweniger hat er sich schon längst als immanenter bestandteil der afrikanischen revolution im internationalen bewußtsein etabliert und ist zum epizentrum internationaler konflikte (wie im nahen osten oder vietnam) avanciert.

(pan african international)

LYON (ID/LIBERATION) STEUERSTREIK GEGEN MILITARISIERUNG

1o.1.74 lyon ist nach romans die 2.stadt in frankreich, in der ein steuerstreik durchgeführt wird. 154 personen verweigern kollektiv die zahlung von 3% ihrer steuern, und um die 1oo personen vollziehen individuell diese geste nach.

"wie im letzten jahr, herr minister, informieren wir sie, daß wir einen teil oder die gesamtsumme unserer direkten steuern zurückhalten und wieder verteilen werden, um gegen die entwicklung der militarisierung unseres landes zu protestieren. wir verdeutlichen

mit dieser haltung unsere weigerung, durch unsere steuer teil zu haben an einer politik, die wir mißbilligen und deren beunruhigende aspekte wir ankündigen. seit einigen jahren konstituiert sich die armee als eine bürgerkriegsarmee. die manöveraufgaben beweisen das sehr deutlich. das geschehen in chile und griechenland hat uns recht gegeben.

diese rolle des wächters der etablierten ordnung ist öffentlich nicht erkannt und wird hinter der offiziellen funktion der "nationalen verteidigung" verschleiert..... daher haben wir beschlossen, mindestens 3% der direkten steuern zurückzuhalten und sie an die bauern im larzac weiterzugeben. die zurückgehaltene summe ist symbolisch, und wir sind uns der illegalität dieser maßnahme bewußt, aber angesichts der unmöglichkeit legale mittel anzuwenden bestehen wir auf der legitimität zivilen ungehorsams."

TIJUANA, MEXIKO (PNS/ID) MEXIKANISCHE STUDENTEN UND FAMILIEN BESETZEN STAATSEIGENES LAND

22.dez.1973 liberation news service berichtet, daß 15o acres dem mexikanischen staat gehöriges land in der nähe von tijuana in den letzten sieben wochen von studenten und familien aus der gegend besetzt wurden.

die besetzung begann am 3o.oktober damit, daß studenten der universidad autonoma de baja california das staatseigene land neben der universität in besitz nahmen und eine hauptstraße, die den campus durchquert, abriegelten. diese aktion kam über ein jahr, nachdem die studenten die regierung ersucht hatten, land zur verfügung zu stellen zur erweiterung der uni, eine anfrage, auf die die mexikanische regierung bislang nicht reagiert hat,

den studenten hatten sich 15o mexikanische familien angeschlossen, die aus ihren heimen im talgebiet des tijuana-flußes vertrieben worden waren, um einem kanal platz zu machen. zur zeit ihrer vertreibung war den familien freie wohnung in einem anderen teil von tijuana versprochen worden. stattdessen wurden sie aber in unzureichenden sperrholzverschlägen einquartiert, für die der staat auch noch 2o dollar monatsmiete zu kassieren versuchte. studenten und familien kamen überein, 6o acres des besetzten landes für die schaffung von wohnraum vorzusehen, und 4o acres für zusätzliche universitätsgebäude.

lns berichtet, daß einige studenten im verlauf der landübernahme einen film über chile vor dem umsturz mitgebracht hatten. am nächsten tag nach der vorführung dekorierten die familien das gebiet mit transparenten und zeichen der unterstützung für das chilenische volk. geheime arbeitskollektive im tijuana-gebiet haben unterstützungserklärungen für die besetzung herausgegeben. "es scheint, daß, da die kampfmoral der besetzer stark ist, sich die regierung auf eine lange belagerung vorbereitet", meint lns.

liberation news service, 16o claremont ave, new york, n.y. 1oo27

SPANIEN (ID) PROKLAMATION DER REVOLUTIONÄREN ANTIFASCHISTISCHEN U. PATRIOTISCHEN FRONT (FRAP)

2o.januar 1974 auf initiative des koordinationskomitees pro-frap fand eine nationale konferenz statt,an der die vertreter der folgenden antifaschistischen massenorganisationen,politischen kräfte und persönlichkeiten teilnahmen:

arbeitergewerkschaftsopposition(oso) , volks-frauenunion (upm) , spanische sozialistische union(use) , volksunion , demokratischer spanischer studentenbund(fude) , volksunion der künstler(upa) , bund spanischer mittelschullehrer(fedem) , nova germania(valencia) , kommunistische jugend spaniens/ml(jceml) , kommunistische partei spaniens (pceml) , presse-agentur volks-spanien(apep) , marxistisch-leninistische fraktion der kommunistischen bewegung spaniens

es nahmen delegierte folgender regionalkomitees pro-frap teil: kastilien,aragon,valencia,katalonien,euzkadi,andalusien,italien,frankreich,deutschland.

auf vorschlag des koordinationskomitees pro-frap wurde der vorsitz der ver-

sammlung julio alvarez delvayo übertragen, dem früheren außenminister der spanischen republik u. früheren generalkommissar der republikanischen armee während unseres national-revolutionären krieges gegen den faschismus.

in ihren beiträgen stimmten die vertreter und delegierten dem vom vertreter des koordinationskomitees pro-frap vorgetragenen politischen bericht sowie der resolution zu, durch die die FRAP proklamiert wurde. gleichzeitig wurde eine nationale leitung und ein ständiges komitee als führungsorgane geschaffen. die versammlung hat die sechs programmatischen punkte ratifiziert, die der schaffung des koordinationskomitees im januar 71 zugrunde lagen:

1. sturz der faschistischen diktatur und vertreibung des yankee-imperialismus durch den revolutionären kampf
2. errichtung einer föderativen volksrepublik, die die demokratischen freiheiten für das volk und die rechte der nationalen minderheiten garantiert.
3. verstaatlichung des ausländischen monopolbesitzes und einziehung des besitzes der oligarchie.
4. tiefgreifende agrarreformen auf der grundlage der konfiszierung des großgrundbesitzes
5. liquidation der reste des spanischen kolonialismus
6. bildung einer armee im dienste des volkes

die versammlung richtete an alle konsequenten antifaschistischen und patriotischen kräfte den aufruf, die FRAP bei ihren versuchen zu stärken, den kampf gegen die faschistische franco -diktatur und gegen ihre regierung arias navarro sowie gegen die imperialistische herrschaft der yankees zusammenzufaßen und weiterzuentwickeln. der aufruf forderte diese kräfte auf, sich entweder der FRAP anzuschließen oder mit ihr bei bestimmten aktionen aufgrund gemeinsamer ziele zusammenzuarbeiten. außerdem richtete die versammlung kampfes-und solidaritätsgrüße an alle antifaschistischen und antiimperialistischen kräfte und bewegungen in der welt.

die versammlung forderte weiter alle organisationen der front sowie die massen der völker spaniens auf, im augenblick alle kräfte und aktionen auf drei wesentliche punkte zu konzentrieren:

1. kampf gegen das manöver mit der monarchie und gegen die krönung der marionette juan carlos zum künftigen spanischen könig und fortsetzer des francoismus ohne franco; als mittel dazu vorbereitung des revolutionären generalstreiks gegen diese absicht ;
2. kampf gegen die brutale repression und gegen die folter sowie verteidigung aller politischer häftlinge und aller politisch verfolgten ohne irgend einen unterschied und ohne irgendwelche diskrimination ;
3. kampf gegen die preissteigerungen und für die rechte des arbeitenden volkes.

6.1.1974 FRAP

MADRID (ID) TODESURTEIL AN EINEM GENOSSEN IN SPANIEN
-DIE VOLLSTRECKUNG DROHT IN DEN NÄCHSTEN TAGEN-

11.1. am 8.1.74 fällte der kriegsrat in der 4. militärprovinz (barcelona) ein todesurteil gegen salvador puig antich, 25 jahre, student, seit ende oktober 1972 mitglied des "movimiento iberico de liberacion" (MIL = iberische befreiungsbewegung). das tribunal verurteilte ihn wegen terrorismus in der form des attentats , wobei der unterinspektor der polizei tödlich verletzt wurde.

des weiteren wurde jose luis pons llobet, 17 jahre, student, seit jan.73 ebenfalls mitglied des M.I.L. , wegen terrorismus in der form des bewaffneten raubes, wobei ein bankangestellter schwer verwundet wurde, zu 30 jahren zuchthaus verurteilt.

ferner verurteilte der kriegsrat maria angustias mateos fernandez, 17 jahre, schülerin, zu 5 jahren gefängnis wegen beihilfe zum raub.

keiner der aufgebotenen zeugen konnte mit hinreichender sicherheit die genossen als autoren der ihnen zurlast gelegten banküberfälle identifizieren, besonders nicht

des überfalls auf die banco hispano americano vom 2.märz 1973, wobei ein angestellter verletzungen erlitt. die genossen erklärten, mit diesem überfall nichts zu tun zu haben. auf diesen überfall bezieht sich das 30jährige zuchthausurteil. die genossen bestätigten, einen anderen überfall durchgeführt zu haben und bekannten sich zum M.I. L. salvador bestätigte, auf den polizisten geschossen zu haben. von den bei der autopsie im körper gefundenen 5 kugeln stammen zwei aus revolvern der polizei.

ursprünglich war das tribunal mitte dezember, jedenfalls kurz vor oder in der weihnachtszeit, angesetzt. die weihnachtszeit, die in spanien bis zum dreikönigsfest dauert (6.jan.), ist der verheimlichung politischer prozesse am günstigsten. so z.b. 1970 burgos; 1973 camacho-prozeß (1001) ... das tribunal wurde aber vertagt, als neuer termin wurde der 16.1. bekanntgegeben.

überraschend findet der prozeß am 8.1. um 8.20 uhr im gebäude der militärpräfektur in barcelona statt. für "terrordelikte" sind in spanien immer noch militärgerichte zuständig. der kriegsrat ist sich von vornherein einig, das tribunal ist kurz nach 17 uhr beendet, zwischendrin lagen noch mehrere stunden mittagspause. die öffentlichkeit blieb weitgehend auf der straße unter schwerster militärischer bewachung. im saale reduziert sie sich auf wenige journalisten von frauenzeitungen und ähnlichen blättchen.

die genossen werden offenbar von sehr renommierten anwälten verteidigt. der von salvador z.b. war dekan der anwaltskammer von barcelona und seinerzeitiger präsident der akademie der rechte von katalonien. die prominenz der verteidiger scheint dafür zu sprechen, daß die oppositionelle bourgeoisie kataloniens, deren wortführer sich zu einer beträchtlichen anzahl in der anwaltskammer finden, ein interesse hat, ein todesurteil zu vermeiden. mit ausnahme dieser teile der bourgeoisie ist es aber weitgehend gelungen, die spanische öffentlichkeit über den politischen inhalt des prozesses zu täuschen und den termin des prozeßbeginns bis zum 7.1. geheim zu halten.

am 7.1. findet sich in der nachmittagszeitung "informciones" ein kleiner hinweis auf den beginn des tribunals am folgenden tage. die anderen zeitungen berichten -wenn überhaupt- erst am 9.1. vom tribunal.

in den zeitungen erscheinen die genossen nur als "gangster" , bz.w. salvador als "raubmörder". die entstehende internationale solidarisierung wird verschwiegen, so z.b. der brief mit der bitte um einen fairen prozeß, der von bekannten europäischen und amerikanischen persönlichkeiten unterzeichnet wurde, u.a. auch von joan baez. ebenso verschwiegen wird die solidaritätsbewegung in paris am 10.1. . verschwiegen werden auch die solidarisierungsaktionen in barcelona am tage des tribunals ; sowohl die demonstrationen vor dem schwerbewachten gericht als auch die solidaritätserklärung der comisiones obreras eines der kampfstärksten und mit 23.000 arbeitern größten spanischen betriebes, der SEAT-werke in barcelona. laut süddeutscher zeitung vom 9.1. haben sie erklärt, "die abenteuerlichen methoden der anarchisten schadeten zwar dem kampf gegen das franco-regime, der wirklich verantwortliche für jede gewaltsituation sei aber der faschismus.

p.s.: die M.I.L. ist aus einer gruppe bei SEAT hervorgegangen. einer der M.I.L.-leute hat z.b. das "wörterbuch der arbeiterbewegung" miterarbeitet, ein buch, mit für die kämpfenden arbeiter nützlichen begriffserklärungen, historischen angaben usw. einem anderen haben die bullen nach einer teilnahme an einem lotta continua kongreß in italien den paß geklaut. die gruppe versuchte, sich vom "kleinbürgerlichen aktionismus oder terrorismus" , oder wie sie das nannten, der ETA abzusetzen.

vermutlich ist der prozeß nicht zuletzt wegen der beginnenden internationalen solidarisierung unerwartet vom 16.1. auf den 8.1. vorverlegt worden.

das interesse des staates, möglichen solidarisierungen zuvorzukommen, ist schon in der geschwindigkeit der maßnahmen erkennbar. insgesamt handelt es sich um 14 personen, wovon neun bereits geschnappt wurden. die vorbereitung eines sammelprozesses hätte zu lange gedauert, so hat man das tribunal aufgestückelt und schnellstmöglich die hauptangeklagten verurteilt. das ist ein hier übliches verfahren ; bei den folgenden verfahren werden die bereits verurteilten oft noch mit weiteren strafen belegt. die anklage wurde in 2 1/2 monaten zusammengezimmert. bei militärtribunalen wird die verteidigung erst tage vorher mit den anklagepunkten und den strafanträgen vertraut gemacht.

in paris begann bereits im november eine aufklärungskampagne. der staat erhoffte sich offensichtlich völliges stillschweigen über den prozeß, was im lande auch weitgehend gelungen ist, mit ausnahme von barcelona. eine vorbereitete aufklärungskampagne (wie etwa

zum camacho-prozeß) gab es im lande nicht. inzwischen sind seit mittwoch, 9.1., wenigstens die urteile bekannt und durch die berichterstattung von "le monde" vom 9.und 10.1. beginnen informationen über den politischen hintergrund des tribunals zu zirkulieren. die verbleibende zeit ist aber sehr kurz.

gegenwärtig widersprechen sich fast alle zeitungen in spanien über das weitere verfahren. die wahrscheinlichste interpretation ist folgende:

die verteidiger haben drei tage lang einspruchsrecht beim militärgericht. das militärgericht gibt den einspruch über eine gerichtsstelle an den generalkapitän der provinz weiter. dieser reicht ihn wiederum an den obersten militärgerichtsrat weiter, der das todesurteil bestätigen oder zurückweisen kann.

eine bestätigung oder zurückweisung ist erst nach einer beratung in einem neuen rat möglich. dieser rat setzt sich aus den verteidigern und dem ankläger zusammen. in der regel gehen diese beratungen nicht mit der gleichen geschwindigkeit über die bühne.

sind sie erst einmal beendet und hält der oberste militärgerichtsrat das urteil aufrecht, wird dieser beschluß an das kabinett weitergereicht, allerdings nur zur information. ist das kabinett informiert, wird das urteil innerhalb 12 stunden vollstreckt, außer, franco stellt sich dagegen. nach den sprüchen, die er erst vor wenigen tagen in erinnerung an den luftsprung von carrero blanco über die notwendigkeit der bekämpfung des terrorismus geklopft hat, ist dieses aber eine höchst unwahrscheinliche möglichkeit.

es gibt an einspruchsmöglichkeiten nur die ersten drei tage, sowie in den letzten 12 stunden den weg des gnadengesuchs. nach dem, was hier zu erfahren ist, ist die spanne der verbleibenden zeit sehr ungewiß. allerdings ist zu vermuten, daß der neue rat erst am montag zusammentritt. der weitere verlauf ist nicht öffentlich zu verfolgen, vor allem, wann die beratung beendet ist, d.h. es ist nicht zu erfahren, wann die 12-stunden-frist beginnt.

aus protest gegen das todesurteil und um die öffentlichkeit dagegen zu mobilisieren , gab es sprengstoffanschläge gegen spanische konsulate in turin und zürich. in paris wurden molotow-cocktails in die "banco di atlantico" geworfen. diese bank wird vom faschistischen "opus dei" kontrolliert. in straßburg wurde am mittwoch, den 16.1., die niederlassung des spanischen konsuls von anti-faschisten besetzt. bei der räumung durch die polizei kam es zu schlägereien, mehrere polizisten wurden verletzt. in marseille drangen antifaschisten ins spanische touristenbüro ein und verwüsteten es.

in barcelona zerstörte ein sprengstoffanschlag ein denkmal zur erinnerung an die toten francisten des bürgerkriegs.

TEHERAN (ID) WEITERE TODESURTEILE

23.1. die teheraner militärjustiz hat erneut fünf todesurteile gefällt. nach berichten aus persien vom oktober letzten jahres waren 12 personen verhaftet worden, weil sie angeblich ein komplott gegen die schah-familie vorbereitet hätten. zuvor hatte aber schon die internationale presse bekannt gegeben, daß diese 12 personen bereits mehr als 1 1/2 jahre zuvor verhaftet worden waren. fazit: nicht ein komplott gegen den schah, sondern eines vonseiten des schah.

nun hat der prozeß stattgefunden. 5 der angeklagten bekannten sich bis zum schluß zum revolutionären marxismus-leninismus und wurden zum tode verurteilt. und dies nicht etwa, weil das gericht auch nur einen einzigen beweis für das angebliche komplott gehabt hätte, sondern für ihr bekenntnis zur notwendigkeit einer revolutionären veränderung im iran.

die 7 weiteren angeklagten übten öffentlich selbstkritik und wurden als sprachrohr des regimes benutzt. es ist eine neue methode der persischen propagandamaschinerie nach der berüchtigten gehirnwäsche an politischen gefangenen diese in den massenmedien die methoden des SAVAK - des persischen geheimdienstes, der in der weltöffentlichkeit für die brutalsten foltermethoden bekannt ist- , beschönigen zu lassen und ausländische agenten für revolutionäre aktionen verantwortlich zu machen. dieser prozeß, der vom schah-regime im gegensatz zu zahlreichen geheimprozessen selbst an die weltöffentlichkeit gebracht wurde, endete

mit einer geste des schah, der großherzig den persönlichen verrat an der kaiserlichen familie verzieh, um den "verrat an der nation" (gemeint sind die aktivitäten zur revolutionären umgestaltung des landes) umso mehr verdammen zu können, um den blick von seiner despotischen herrschaft abzulenken.

der schah braucht gerade jetzt dieses manöver. der fall persien wird in kürze vor die menschenrechtskommission gebracht werden, die sich mit den foltermethoden des SAVAK und den massenhinrichtungen zu beschäftigen hat. um vor der weltöffentlichkeit sein image aufzubessern, sucht der schah sich durch gesten scheinbaren großmuts neu in pose zu setzen.

OMAN (P.F.L.O.A.G./id) KOMMUNIQUE DER PFLOAG

10.1. die revolutionäre bewegung im südlichen oman sieht sich zur zeit mit einer schweren intervention durch britische und iranische truppen sowie mit den marionettenregierungen der scheichtümer konfrontiert. diese offensive beabsichtigt, wie die vorausgegangenen, durch die täglichen angriffe der britischen luftwaffe und der söldner die zerschlagung der revolution in den befreiten gebieten von dhafar. die derzeitigen kämpfe sind die härtesten seit beginn des bewaffneten aufstandes im juni 1965. sie sind die konsquenz der amerikanichen interessen, die durch den iran, saudiarabien und jordanien vertreten werden.

der anglo-amerikanische imperialismus stärkt die reaktionären regimes arabischer länder und des iran, um unseren revolutionären befreiungskampf zu zerschlagen ; die ständigen interventionen sind ausdruck ihrer furcht vor einem verlust der ökonomischen und strategischen interessen, der größten öllager der welt, aus denen schon heute fast 2/3 der weltölproduktion stammen. diese interessen richten sich außerdem auf einen breiten absatzmarkt für exporte aus den kapitalistischen ländern.

die heftigen angriffe gegen das volk in dhafar sind das resultat eines komplotts zwischen imperialisten, zionisten und den reaktionären arabischen regimes gegen die palästinensische befreiungsbewegung und gegen das progressistische regime der volksrepublik südjemen, das objekt permanenter provokationen von seiten saudi-arabiens, sowie der 6.und 7. US-flotteiin den "arabischen meeren" und im bab-el-mandeb war. dort vor allem sollen die früchte der revolutionären entwicklung, die im interesse der arbeitenden massen sind, vernichtet werden .....

seit einigen jahren haben der anglo-amerikanische imperialismus und die mit ihm verbündeten regimes, vor allem des iran, ihre konterrevolutionären aktivitäten ungeheuer intensiviert und die ganze region mit einem dichten netz von militärbasen umzogen.....

seit dem letzten dezember sind starke iranische streitkräfte in unser land eingefallen, um die strategisch wichtigen positionen von "hamrine", von wo unsere revolution ihren ausgang nahm und ihre größten aktivitäten und erfolge hatte, unter ihre kontrolle zu bringen. hier hat unsere volksmiliz und unsere befreiungsarmee seit 1970 die kontrolle über das landesinnere, sodaß sich die kolonialtruppen nur noch per flugzeug bewegen konnten.

wir sind davon überzeugt, daß die aggression des schah von persien das gleiche schicksal erleiden wird wie das britische kommandounternehmen vom oktober und november 1971. der wille und die bereitschaft unseres volkes, die unabhängigkeit von den kolonialmächten zu erringen , mit dieser moralischen kraft werden wir die barbarischen aggressionen überstehen und den zustand des unrechts überwinden - für unsere freiheit, unsere unabhängigkeit und den fortschritt im dienste des ganzen volkes....

MOSAMBIK (ID/ISSA) BEGINN DER ANTI GUERILLA STRASSE

9.dez.73 vom indischen ozean zum malawi see wird eine neue teer verbindung für etwa neunzig mill. dm in nord mosambik hergestellt.die strasse wird 925 km lang sein. sie wird 14 brücken haben, und bis auf etwa 240 km an tanzania heranreichen.beim bau stehen strategische erwägungen im vordergrund, die strasse wird es erlauben, truppen und material schnell zu verlagern.

SAO PAULO (PRENSA LATINA /id) STREIK IN BRASILIEN

7.1. die brasilianische militärjunta unterdrückt derzeit den größten streik des landes, den es seit dem erlaß des institutionellen aktes nr. 5 (de fakto notstand, parteien- und streikverbote) vom 5.nov.1968 gab. über zehntausend taxifahrer zogen ihre wagen aus dem verkehr und stellten sie in den parks am rande und in der umgebung von sao paulo ab, um gegen die steigung der benzinpreise ohne entsprechende erhöhung ihrer tarife zu demonstrieren. die politische polizei "DOPS" verhaftete 400 der streikenden, die nun eine verurteilung nach dem "gesetz zur aufrechterhaltung der inneren sicherheit" erwartet.

auch in anderen brasilianischen städten kam es nach der schweren repression der vergangenen jahre erstmals wieder zu arbeiterunruhen. seit beginn dieses jahres gab es wieder einige aktionen der stadtguerilla, die, seit der widerstand gegen die militärjunta wächst, mit breiter unterstützung der arbeiter rechnen kann.

BELFAST (PNS/ID) KAMPAGNE GEGEN DIE STADTAUTOBAHN

12.1.74 mitglieder der republikanischen clubs haben eine detaillierte studie mit dem titel "Belfast Ring Road" herausgegeben, die bestandteil einer kampagne gegen die geplante stadtautobahn ist. in dieser kampagne ist es erstmalig gelungen, katholische und protestantische arbeiter im kampf um ihre gemeinsamen interessen zusammenzubringen.

folgen des autobahnbaus würden sein die trennung von katholischen und protestantischen vierteln und die zerstörung eines stadtteils, der eine lange kampftradition hat (falls road). das dokument führt aus, daß dieser plan auf grundstücksspekulation und kapitalinteressen basiert.

zu beziehen ist es durch Belfast Ring Road, Box BRR, 197 King§ Cross Road, London WC 1 zum preis von 25 pence plus porto

HOLLAND (ID / DE NIEUWE LINIE) ZUSAMMENARBEIT BRD - AUSLÄNDISCHE NACHRICHTENDIENSTE

18.jan. türkei komitee:in der brd hat die polizei ihre hexenjagd auf progressive und linke personen und organisationen, besonders seit dem anschlag auf das olympische dorf in münchen, verschärft.die polizeiaktivitäten sind speziell darauf gerichtet politische organisationen von ausländischen arbeitern und studenten unmöglich zu machen.dabei schrecken polizei und justiz nicht zurück vor offener zusammenarbeit mit ausländischen nachrichtendiensten .etwas was in holland auch wohl vorkommt,angesichts der polizeiverhöre an mitgliedern des utrechter migrantenrates(organisation ,die flüchtlinge u.a.aus chile etc. betreut).eine bevorzugte methode um dieser jagd den anschein von gesetzlichkeit zu geben, ist es,progressive und linke menschen als "mitglieder einer kriminellen vereinigung" zu bezeichnen.ein ähnlicher trick wie in holland im prozeß gegen lucien van hoessel(ein revolutionär, der 3 jahre gekriegt hat nachdem ein provokateur eine tüte puderzucker mit luciens fingerabdrücken darauf in eine kiste mit anderen " zur herstellung von sprengstoffen geeignete" sachen deponiert hatte).

kürzlich hat die westdeutsche polizei auf diese weise einen angriff gestartet auf eine türkische widerstandsorganisation.am 17.11.73 wurde der türkische arbeiter himet subasi in konstanz von einem agent der MIT(türkischer nachrichtendienst)angesprochen. der agent nannte sich türkischer patriot und bat subasi , ein päckchen zur buchhandlung "libresso" in frankfurt zu bringen.subasi kannte ihn nicht, aber nach einigem hin und her stimmte er zu. unterwegs nach frankfurt bemerkte er ,daß er verfolgt wurde und als er am opernplatz ankam(wo das libresso ist) ,wurde er von 4 autos eingeschlossen und verhaftet. im päckchen wurden waffen und sprengstoff gefunden.gleichzeitig wurde die wohnung und das büro eines mitarbeiters des libressos ,yildirim dagyeli,und die buchhandlung libresso durchsucht.auch dagyeli wurde verhaftet.als der anwalt der beiden bei der polizei nach den gründen fragte, wurde ihm mitgeteilt, daß die beiden auf aussagen des MIT verhaftet wurden.der presse wurde nichts mitgeteilt.
das türkei -komitee nijmegen bekräftigt die notwendigkeit gegen diese offene ,harte,politische unterdrückung von ausländern zu protestieren.

SIOUX FALLS/SOUTH DAKOTA (ID/PNS) WOUNDED KNEE PROZESSE ERÖFFNET

19.1.74 am 8. januar begann in st. paul, minnesota, der prozeß gegen zwei führende mitglieder des american indian movement (aim), russel means und dennis banks. die zwei werden angeklagt wegen verschwörung ausgehend von der verteidigung ihrer vertraglich gesicherten rechte durch das indianische volk am wounded knee, south dakota (der ort des großen massakers am 29. dezember 189o, bei dem 300 indianische männer, frauen und kinder abgeschlachtet wurden).

nach der 71-tägigen besetzung, die sich anfang letzten jahres zutrug, werden sich in den nächsten wochen vier weitere indianische aktivisten, carter lamp, leonard crowdog, clyde bellecourt und stan holder ähnlichen anklagen entgegensehen, während weitere 600 sich wegen geringfügigeren anklagen zu verantworten haben. pedro bissonette, ein gründer der oglala sioux civil rights organisation, sollte ebenfalls diesen monat vor gericht stehen, angeklagt der verschwörung, aber er wurde am 17. oktober von bundesbehörden erschossen

das wounded knee legal defense/offense comittee schätzt, daß die verteidigung mindestens 52.000 pfund kosten wird. unterstützungskomitees bildeten sich in mehreren europäischen ländern und rufen sowohl zur unterstützung als auch zur finanziellen hilfe auf, um die verteidigungskosten bestreiten zu können.
adresse: AIM europe, c/o weathermans, 1 berlin 21, flensburger str. 9)

DOKUMENT 1

BERLIN (ID) GROSSVERANSTALTUNG ZUM § 218 VON BROT ♀ ROSEN

am 6.februar um 20.oo uhr machen wir eine großveranstaltung zum § 218 im audi max der technischen universität in berlin (eingang strasse des 17. juni) Diese veranstaltung soll die vorbereitung der gruppen und organisationen, die nach wie vor die ersatzlose streichung des § 218 fordern, unterstützen und koordinieren, um die dritte lesung im bundestag mit den vorliegenden reformentwürfen zu verhindern.

Brot ♀ Rosen und die aktion 218 treten für die ersatzlose streichung des § 218 ein. wir möchten auf der veranstaltung vor allem darstellen, daß die gesellschaftlichen probleme, die sich heute im abtreibungsparagraphen ausdrücken, weder allgemein bekannt sind, noch technisch durch die vorhandenen reformentwürfe und die flankierenden maßnahmen zu lösen sind:

ein wesentlicher teil der flankierenden maßnahmen beruht auf der irreführenden annahme, daß frau die schädliche abtreibung durch eine stärkere verbreitung der verhütungsmittel verhindert. dabei muß frau aber heute ganz klar von der TATSACHE ausgehen, daß es heute kein einziges für frauen unschädliches und akzeptables verhütungsmittel gibt. im gegenteil, es gibt heute abtreibungsmethoden, die weniger schädlich sind als beispielsweise die pille. diese methoden sind aber hier und heute durch die struktur unseres gesundheitswesens gar nicht massenhaft anwendbar. sie sind von frauen entwickelt worden und lassen die grenzen zwischen verhütung und abtreibung verwischen, weil sie zu einem so frühen zeitpunkt angewandt werden können, an dem mit den üblichen tests die schwangerschaft noch nicht einmal festgestellt werden kann. der spruch: "verhüten ist besser als abtreiben" wird nach wie vor verbreitet, um die reformmodelle weiterhin mit ihren flankierenden maßnahmen praktizierbar erscheinen zu lassen. aber pille, iud und "pille danach" dienen dem profitinteresse der pharmaindustrie und schaden der gesundheit der frauen. weil die pharmaindustrie den verhütungsmarkt beherrscht, denkt frau gar nicht mehr darüber nach, unschädliche methoden für sich zu verlangen.

die beibehaltung des §218 (und sämtliche reformentwürfe bedeuten aus verschiedenen gründen letztlich eine beibehaltung - was weiter begründet wird) ist eine gewaltsame maßnahme gegen frauen, um die gesellschaftlichen verhältnisse aufrechtzuerhalten und die frauen zu zwingen, auch gegen ihren willen weiterhin unter den gegenwärtigen umständen zu gebären. denn eigentlich haben die frauen, die von ihren bedürfnissen und den bedürfnissen der kinder ausgehen, keinerlei grund, sich überhaupt noch kinder zu wünschen. durch kinder sind sie auf jeden fall beruflich, gesundheitlich und ökonomisch gegenüber kinderlosen benachteiligt und die kinder finden in unserer gesellschaft keine umgebung vor, die für ihre entwicklung irgendwie förderlich oder wünschenswert wäre. die kinder, die heute noch auf die welt kommen, sind entweder solche, bei denen die verhütungsmittel versagt haben, keine bekannt waren oder deren mütter sich noch nicht gegen die rolle wehren konnten, die ihnen von der männergesellschaft zugewiesen wird und die noch glauben, ihre gesellschaftlichen konflikte durch die anschaffung eines kindes lösen zu können.da aber auch wir frauen ein interesse am fortbestehen der gesellschaft haben und zwar kein abstraktes, sondern ein höchst konkretes (weil wir, wenn wir alt oder krank sind, rente bekommen wollen, von der arbeit der späteren kinder leben wollen, so wie wir heute für die alten arbeiten), darum müssen wir für die geeigneten bedingungen kämpfen, kinder gebären zu können, ohne gleichzeitig dafür bestraft zu werden. denn heute tragen wir noch privat die verantwortung für die der ganzen gesellschaft notwendigen kinder.

wie wirklichkeitsfremd die offizielle diskussion über den § geführt wird, sieht frau schon daran, daß die forderung nach ersatzloser streichung, die von einer starken bevölkerungsgruppe, die durch die aktion 218 vertreten ist, getragen wird und von anderen gruppen unterstützt wird (gim, spartakus, teilen der jusos, der judos, gewerkschaftsgruppen, teilen der dkp, dem anwaltsverein u.a.m.) überhaupt nicht offiziell zur kenntnis

genommen wird, weil diese reform nicht von den interessen der frauen ausgeht, sondern einfach formaljuristische gründe hat:

die statistik zeigt, daß die zahl der abtreibungsverurteilungen pro jahr rückläufig ist und daß außerdem eine differenz zwischen bekanntgewordenen, aufgeklärten und schließlich zur verurteilung geführten fällen besteht. wenn andererseits die dunkelziffer mit ca. 100.000 oder mehr abtreibungen jährlich angesetzt wird, dann wird deutlich, daß die bisherige strafrechtliche regelung das von ihm zu schützende leben nicht wirksam schützt. diese erkenntnis war der anlass zur änderung der geltenden bestimmungen. das heißt, vorhandene gesetze müssen angewandt werden. wenn sie nicht angewandt werden, müssen sie geändert werden. die interessen der frauen spielen zunächst überhaupt keine rolle.

warum werden die gesetze nicht angewandt? das hat vor allem folgende gründe:

bevölkerungspolitische überlegungen: - bei strikter handhabung müßten fast alle kinder ausgetragen werden und das könnte die gesellschaft nicht verkraften, weil einmal die frauen als arbeitskräfte gebraucht werden (über ein drittel aller erwerbstätigen sind frauen) und auch die physische belastbarkeit der frau irgendwann eine grenze findet, weil die notwendigen einrichtungen wie kindergärten, schulen, universitäten schon jetzt nicht vorhanden sind, weil der krankheitsstand der frauen durch verpfuschte abtreibungen in die höhe schnellen würde.

- rücksicht auf die standesorganisation der ärzte, die eine gesellschaftliche macht darstellen und an den illegalen abtreibungen verdienen.

der §218 m u ß also geändert werden, aber die kontrolle über die frauen will man nicht verlieren. so ist die vielfältigkeit der reformvorschläge zu erklären, die sich in nuancierungen austoben und alle möglichen kombinationen der verschiedenen indikationen- und fristenlösungen zulassen, denen herr jahn nun noch sein vier-wochen-modell hinzugefügt hat. frau hört oft das argument, daß ein weitgefaßter indikationskatalog faktisch einer abschaffung des § gleichkäme. stimmt das und können indikationen überhaupt erkannt werden und wenn, von wem?

medizinische indikation: eine voraussetzung wäre eine gleichmäßige, dem heutigen stand der medizinischen wissenschaft mögliche angemessene versorgung der bevölkerung. da das nicht der fall ist, ist die erkennung einer med. ind. abhängig vom zufall, an einen verantwortungsbewußten arzt zugeraten, von den vorhandenen technischen möglichkeiten eines krankenhauses und vom wissen der einzelnen frauen.

kindliche indikation: auf eine million geburten kommen ca. 200.000 geschädigte kinder in der brd. das ist ein beweis dafür, daß das kapitalistische gesundheitswesen nicht in der lage ist, diesen schäden vorzubeugen, obwohl dies wissenschaftlich möglich wäre. die erkennung einer kindlichen ind. hängt also auch hier wieder von zufällen ab: der aufgeklärten frau, den einzelnen ärzten, der technischen ausstattung.

ethische indikation: was eine vergewaltigung ist, können die frauen nur selber beurteilen und keine gutachterkommission. eine vergewaltigung kann ein überfall auf der straße sein, aber ebenso die eheliche pflicht.

soziale indikation: sie macht die frau abhängig von einer gutachterkommission, die keine allgemeingültigen kriterien haben kann, sondern die entscheidungen je nach zusammensetzung, d.h. beliebig trifft. eine soziale indikation kann nur von den frauen selbst beurteilt werden, die ja aus verantwortungsbewußtsein für das kind entscheiden.

fristenlösung: je früher eine abtreibung durchgeführt wird, desto weniger groß sind die physischen und psychischen belastungen für die frauen. skandinavische statistiken zeigen ganz deutlich, daß durch die zu-

nehmende aufklärung der frauen der trend dahin geht, daß mehr und mehr frauen am anfang einer schwangerschaft um eine abtreibung nachsuchen, weil jede frau ein interesse daran hat, die abtreibung so früh wie möglich und mit den für sie schonendsten methoden machen zu lassen. aber die frühzeitige erkennung der schwangerschaft und das ermöglichen der bedingungen zum rechtzeitigen abbruch hängen von der klassenlage der frauen und von vielen zufällen ab: widersprüchliche diagnosen der ärzte, unregelmäsigkeiten im zyklus nach absetzen der pille, verzögerungstaktiken der einzelnen krankenhäuser, weigerungsrecht der ärzte, aufgeklärtheit der frauen.

eine voraussetzung zur schaffung einer lösung des problems kann heute nur die ersatzlose streichung des § 218 und abtreibung auf krankenschein sein.

was bedeutet die ersatzlose streichung?

sie bedeutet, daß abtreibung erlaubt sein darf, bis der embryo unabhängig von der mutter lebensfähig ist. nach dem zeitpunkt der lebensfähigkeit würde es sich nicht mehr um abtreibung handeln, sondern um tötung.

darum stimmt das argument der ärzte nicht, sie müßten bei einer freigabe der abtreibung dauernd fertige kinder morden. eine abtreibung ist keine einleitung einer frühgeburt, späte abtreibungen sind heute schon ausnahmen und gerade folgen des geltenden paragraphen, der es den frauen unmöglich macht, legal zur richtigen zeit eine abtreibung zu bekommen.

auf der veranstaltung wollen wir besonders auf die funktion der ärzteorganisationen eingehen und beweisen, wie das gerede vom schutz des werdenden lebens und die handlungsweise der ärzte auseinander klaffen. es ist fast allen bekannt, das die meisten abtreibungen heute von ärzten und zwar von gynäkologen gemacht werden. dieselben ärzte sind jedoch strikt gegen die fristenlösung und haben dabei die volle unterstützung der kirchen, deren macht vor allem in katholischen ländern noch ungebrochen ist. (schätzungsweise 11 ooo abtreibungstote jährlich in italien). falls jedoch die fristenlösung durchkommen sollte, haben die ärzte schon alles vorbereitet, um umzusteigen und abtreibungskliniken nach englischem vorbild auch in deutschland einzurichten. denn die fristenlösung würde nicht heißen, daß abtreibungen auf krankenschein zugelassen sind. eine frau, die heute illegal tausend dm zahlt, könnte bei der fristenlösung eventuell sogar die gleiche summe zahlen müssen, was an der misere nichts ändert.

die regierungsparteien werden ein interesse daran haben, die "abtreibungsreform" schnell und schmerzlos über die bühne zu bringen und werden jede kompromißbereitschaft vor der cdu, den kirchen und den ärzten zeigen und sich auf eine der indikationenkombinationen einigen.

das muß verhindert werden.

wir fordern:

- ersatzlose streichung des § 218
- abtreibung auf krankenschein
- abschaffung der konfessionellen krankenhäuser und überführung in die öffentliche hand
- einrichtung von staatlichen abtreibungsambulatorien
- abtreibung mit den heute schonendsten abtreibungsmethoden und ausbildung der mediziner darin
- entwicklung nicht medikamentöser und akzeptabler verhütungsmethoden

wer uns bei den vorbereitungen praktisch unterstützen will, kann sich donnerstags zwischen 18,oo und 20,oo an das frauenzentrum, berlin kreuzberg, hornstr. 2 wenden oder uns schreiben, brot und rosen, 1 bln. 1o, postfach 1oo 2o8

wer uns durch spenden unterstützen will, kann geld auf das postscheckkonto verena stefan, betrifft brot und rosen, berlin west, konto nr. 317244-1o1 schicken.

BROT ♀ ROSEN berlin, den 7.1.74

DOKUMENT 2 GESPRÄCH MIT BERNI KELB II.TEIL

(der zweite teil des gesprächs beschäftigt sich mit fragen, die kelb's zweites buch "organisieren oder organisiert werden" betreffen)

ID: du benennst drei etappen der revolution: erste etappe verweigerung. die zweite etappe umschreibst du mit ungehorsam und die antwort der herrschenden, die versuchen diesen gehorsam wieder zu erzwingen, durch gewalt. die methoden des weißen terrors sind zuerst exemplarische aktionen, so wird versucht zuerst die köpfe der bewegung abzuschlagen. der nächste schritt ist der gestreute allgemeine terror, der sich gegen massenaktionen richtet. es ist wohl erst dreimal gelungen, das stadium des gestreuten terrors zu bezwingen, in rußland, wo die armee durch den weltkrieg stark geschwächt war, in china, daß durch seinen agrarcharakter in der produktion und der ausdehnung des landes den aufbau der roten armee begünstigte und drittens kuba, was man wohl als betriebsunfall des imperialismus bezeichnen kann.

berni kelb: du kannst aus diesem schema die franz. revolution nicht herauslassen. revolutionäre prozeße sind nicht an eine bestimmte wirtschaftsform gebunden und die klassifizierung in bürgerliche und proletarische revolution halte ich für ein bißchen fragwürdig.

ID: ist es nicht so, daß in der neueren zeit die revolutionären bewegungen, nach kopf, stamm und schwanz organisiert, dem nach innen stark ausgebauten militärapparat nicht gewachsen sind, wenn die köpfe abgeschlagen werden?

berni k.: das gilt nicht unbedingt für frankreich 68, obwohl, wenn es weiter gegangen wäre, hätte die armee mit unterstützung der nato eingegriffen. und das führt uns wieder zurück auf die frage des internationalen charakters der revolution, aber das beispiel frankreich zeigt uns, daß massenbewegung nicht nur in den formen von 1917 möglich ist.

ID: auf der stufe der bewegung, wie sie im mai 68 vorlag, würde bereits der gestreute terror einsetzen...

berni k.: und der ist nur möglich bei der beschränkung der revolution auf ein land. wenn die revolution auf mehrere nennenswerte länder ausgedehnt wird, ist das nicht möglich.

ID: d.h. eine revolutionäre bewegung kann nur dann überleben, wenn sie durch weite verbreitung und nicht-hierarchische organisation vor konzentrierter vernichtung gesichert ist. für die brd gilt aber noch augenblicklich ein starkes gefälle in der politisierung zwischen stadt und land, was dem militär z.b. erlauben könnte, ein großteil der truppen vom land abzuziehen und in den industriegebieten zu konzentrieren.

berni k.: wenn der ungehorsam auf alle industrie- und ballungsräume übergreift, spielt sicher die vorhandene unterschiedliche politisierung keine so wesentliche rolle mehr.

ID: wie stellts du dir eine rasche verbreitung des revolutionären ungehorsams vor?

berni k.: wir haben doch immer wieder gesehen, wenn es funktioniert, dann ging es so schnell, daß gerade die revolutionäre es nicht für möglich gehalten haben. bei halbwegs vernünftigen voraussetzungen kann man sich darauf verlassen, daß es funktioniert.

ID: ...aber nicht einkalkulieren...

berni k.: ...nicht einkalkulieren. man kann nur sein bestes tun, die fäden einer revolutionären organisation, d.h. die fäden einer informellen organisation zu knüpfen, daß wirklich überall die nachrichten hingelangen können, das zu sichern, das ist die wesentliche aufgabe.

ID: du sagst, daß wesentliche ist die reibungslose und schnelle informationsverbreitung. man kann doch davon ausgehen, daß die herrschenden versuchen werden, eine größtmögliche informationssperre aufzubauen.

berni k.: auch wenn sie uns eine menge möglichkeiten abschneiden, bleibt da noch eine menge übrig. man muß das nur systematisieren. beim französischen mai haben wir gesehen, daß das fernsehen die hauptinformationsquelle war. das wissen die herrschenden natürlich auch und werden dagegen arbeiten. man kann aber auch wieder dagegen arbeiten. man muß an den wichtigen stellen genossen haben, genossen die nicht nur in politökonomie geschult sind, sondern ebenso in informatorik und mit den modernsten technischen möglichkeiten vertraut sind.

ID: was verstehst du eigentlich unter informeller organisation?

berni k.: das sind die kontakte der genossen untereinander, die in verschiedenen organisationen arbeiten. gegen diese querverbindungen, die das a und o der organisationsfrage sind, sind die bestehenden organisationen machtlos. diese verbindungen müssen systematisiert werden. wenn die organisationen erfolg haben bei ihrer arbeit, sind in der regel solche informellen kontakte wesentlicher bestandteil des erfolgs.

ID: es wird von den bestehenden organisationen als organisierte subversion verstanden.

berni k.: aber sie sind wehrlos dagegen. von den meisten mitgliedern der organisationen werden diese querverbindungen aus unwissenheit unterlassen, nicht aus disziplin. zur herstellung dieser querverbindungen sollte man eine plattform ausarbeiten, auf die man sich einigen kann. kein programm. aber so, daß man nicht ins leere arbeitet.

DOKUMENT 3 (ID-westberlin) INTERVIEW MIT DEM VIZEPRÄSIDENTEN DER SWAPO
(south west african peoples organisation)

20.1. das interview wurde mit mishake muyango, dem vizepräsidenten der SWAPO am 20.1.74 vom ID-westberlin geführt.

frage: kannst du uns etwas über den kampf in namibia und die rolle der SWAPO, die sie in der derzeitigen situation spielt, erzählen?
antwort: wir befinden uns in einer revolution, die nicht mit worten, sondern im bewaffneten kampf geführt wird. die politisierung nimmt zu und die unterstützung des volkes ist für uns sehr ermutigend. ein beispiel, was die SWAPO auch von außerhalb erreichen kann, sind die wahlen in okavango (eine provinz im nordwesten von namibia). noch heute sind einige sehr daran interessiert herauszufinden, wie es der SWAPO gelungen ist, daß die wahlen gänzlich boykottiert wurden.

wir kämpfen seit dem 26.8.1966. wir haben erfahrungen gemacht, haben schwierigkeiten und wir sind vorwärts gekommen in unserem kampf. wir haben bei vielen gelegenheiten gegen die süd-afrikaner gekämpft. unser bewaffneter kampf hat zu einer spaltung in der süd-afrikanischen armee geführt. so sind bei einer schießerei einige generäle und offiziere von ihren eignen soldaten erschossen worden. dies scheint nur ein kleines indiz zu sein, aber in einem kampf wie dem unserigen, ist es sehr wichtig, da es so aussieht, als hätten wir einen einbruch in das gefüge der süd-afrikanischen armee erzielt. so wurden jetzt z.b. das erstemal in der geschichte süd-afrikas schwarze und inder rekrutiert.

f.: deutschland war das erste land, welches namibia unterdrückt hat. welche rolle hat deutschland in der geschichte gespielt? welche rolle spielt die BRD in bezug auf namibia heute? welche ökonomischen interessen interessieren?

a.: die rolle der deutschen in der vergangenheit ist eine sehr häßliche und schreckliche. sie hat viele narben zurückgelassen. die bevölkerung namibias wurde während der deutschen kolonialisierung auf die hälfte reduziert. auch heute noch trägt die BRD zur weiteren unterdrückung unseres volkes bei. hier stellt sich die frage, ob die BRD die jetzige situation wirklich verändern will? die deutschen in namibia - mit dem paß der BRD in der tasche - wollen den status quo erhalten, wodurch der haß zwischen schwarz und weiß weiter verschärft wird. wenn es der BRD nicht gelingt, diesen trend aufzuhalten, was wird dann mit den deutschen in namibia geschehen? wir hassen es zu kämpfen, aber wir werden jeden bekämpfen, der zur weiteren unterdrückung unseres volkes beiträgt.

f.: letztlich hat die SWAPO mit der bundesregierung verhandelt. welche interessen hat die SWAPO an diesen gesprächen?

a.: als erstes will ich einmal, die über diese gespräche erschienenen zeitungsartikel korrigieren. (anm: verschiedene tageszeitungen berichteten am 18.1.74, daß die SWAPO für den bau eines krankenhauses 500.000 dm von der BRD bekommen sollte.) in den verhandlungen wurde mit keinem wort erwähnt, daß die bundesregierung gedenkt, die SWAPO zu unterstützen.
wir wollten diskutieren, die situation aus unserer sicht schildern. wesentlich ist dabei, daß süd-afrika maßgeblich von westeuropa unterstützt wird, also auch von der BRD. der internationale

gerichtshof meint, daß die anwesenheit süd-afrikas in namibia illegal ist. die BRD , als mitglied der UNO, verhandelt trotzdem weiter mit süd-afrika, wenn es um namibia geht. wir sind die legalen repräsentanten des namibischen volkes, wir sind namibier, wir sind dort geboren, wir kennen die situation und sind vom volk gewählt. das müssen wir der bundesregierung klarmachen. es ist noch nicht zu spät für sie zu sehen, daß die reale situation in namibia sache des namibischen volkes ist und daß süd-afrika dort nichts zu suchen hat.

f.: hat sich die haltung der bundesregierung gegenüber dem kampf des namibischen volkes in den letzten jahren geändert?

a.: nun, wenn wir von der augenblicklichen situation ausgehen, so müssen wir sagen, daß sich da in den letzten jahren nichts geändert hat. man kann ein gewisses interesse einzelner mitglieder der bundesregierung gegenüber dem kampf des namibischen volkes feststellen, was aber nicht besagt, daß die haltung der bundesregierung irgendwelche veränderungen erfahren hat.

f.: eine letzte frage. wie ist das verhältnis der SWAPO zur neuen linken in westeuropa? was für eine unterstützung kann sie der SWAPO inihrem kampf geben?

a.: ich will es erstmal folgendermaßen sagen: nicht nur die linke, sondern alle friedensliebenden menschen in westeuropa sollten ihre augen nicht vor der wirklichkeit der um ihre unabhängigkeit kämpfenden völker, so der namibias, süd-afrikas, angolas, mozambiques, guinea-bissaus, usw., verschließen. - zur linken! erstens, meine ich, sollten die linken die botschaft der unterdrückten völker zu ihrem eigenen volk bringen. so sollte z.b. von der aktuellen situation, dem charakter der kämpfe, der historischen verantwortung deutschlands gegenüber namibias und von den möglichkeiten der direkten unterstützung berichtet werden. und konkrete unterstützung brauchen wir sehr dringend, so z.b. arzeneien, kleider und notwendigerweise auch geld. wir brauchen vor allem andere ganz konkrete unterstützung! - so, und nun zur ideologischen frage: hier möchte ich betonen, daß das namibische volk momentan keinerlei ideologie zu importieren gedenkt. wir brauchen augenblicklich direkte unterstützung, für das ideologische tragen wir lieber selber sorge. - etwas anderes sollte hier auch noch erwähnt werden. wir sind eigentlich bestürzt über das geringe interesse der deutschen linken für die kämpfe in namibia. dabei gibt es soviele historische, als auch aktuelle anknüpfungspunkte. als bewegung glauben wir an die internationale solidarität. wir sehen hier in der brd, daß einige versuche zur emanzipation unternommen werden, und wir solidarisieren uns mit jeglichen formen der bekämpfung des imperialismus. wir sehen einige aktivitäten bezüglich der befreiungsbewegung in den portugiesischen kolonien, die wir für sehr wichtig halten, wir sehen aber kaum regungen bezüglich der unterstützung des kampfes des namibischen volkes. wir führen einen kampf! was die frelimo erreicht ist eine gewaltige unterstützung für unseren kampf, ebenso für den der anderen, und unser kampf wird für sie auch eine unterstützung sein. wir lassen es nicht zu, und daß ist egal wer es tut, daß wir in welcher form auch immer in unserem kampf isoliert werden.

wir danken euch für eure kontaktaufnahme. das ist ein kleiner beginn und wir hoffen, daß es möglich ist, den kontakt zu intensivieren!

kontakt
1 berlin
links-unten red.
tel. 8511344